

Flutpolder-Debatte Zwischen den Stühlen

DOMINIK GÖTTLER



Gebrochene Dämme und Häuser, die bis unters Dach in brauner Brühe versinken – die Bilder der Jahrhundertflut von 2013 sind verblasst, aber nicht vergessen. Es sind Bilder, die man am liebsten nie wieder sehen würde. Deshalb hat die Staatsregierung versprochen, Bayern für künftige Hochwasser zu rüsten.

Doch die schwarz-orange Koalition ist mit ihrer Ankündigung, auf drei Flutpolder an der Donau verzichten zu wollen, ein politisches Risiko eingegangen. Ohne zwei entscheidende Gutachten abzuwarten, preschte sie auf Druck der Freien Wähler vor. Umweltminister Thorsten Glauber (FW) steht zwischen zwei Stühlen: dem seiner Partei und dem seines Hauses, für das die Rückhaltebecken zentraler Baustein der Hochwasserstrategie waren.

Dass die abservierten Polder ausgerechnet in zwei von den Freien Wählern geführten Landkreisen geplant waren, macht natürlich anfällig für Vorwürfe der Spezialwirtschaft. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass auch viele örtliche Politiker anderer Parteien und sogar der Bund Naturschutz die Entscheidung bejubelten.

Verständlich ist der Frust flussabwärts. In Passau und Straubing fühlt man sich im Stich gelassen – und hofft auf die ausstehenden Gutachten. Hier lauert Gefahr für Glauber, der sich als Mann der Fakten gibt. Sollten die Gutachter zu dem Schluss kommen, dass die Flutpolder unverzichtbar sind, müsste er sich gegen seinen eigenen Parteichef positionieren. Es wäre nach dem Startbahn-Zwist und dem Beauftragten-Streit schon die dritte Zerreißprobe für die Freien Wähler in der Regierung.

» LESEN SIE DAZU DEN BERICHT AUF SEITE 10

Dominik.Goettler@merkur.de

UMGEKIPPTER UMKLEIDEKABINE

Penzberg: Kein Schmerzensgeld für Opfer

Die Münchner Lehrerin wird jenen Sommertag im Jahr 2016 so schnell nicht vergessen. Als sie sich in einer beweglichen Umkleidekabine im Naturbad Eitzenberger Weiher in der Nähe von Penzberg (Kreis Weilheim-Schongau) umziehen wollte, verlor sie das Gleichgewicht und stieß gegen die Wand der Kabine – diese kippte daraufhin um. Die Frau stürzte, brach sich den Schienbeinkopf. Sie klagte gegen die Stadt, wollte mindestens 10 000 Euro Schmerzensgeld. Die Kabinen seien mit nur einem Quadratmeter schlicht zu klein gewesen. Auch sei der Boden zu rutschig gewesen. Die Stadt habe gegen die Verkehrssicherungspflicht verstoßen. Doch das Oberlandesgericht wies die Klage nun ab. Viele Jahre habe es keine gemeldeten Unfälle mit den Kabinen gegeben. Das Unglück sei nicht vorhersehbar gewesen. till

NAMENSTAGE

Der Reformator

Johannes vom Kreuz kam 1542 in der spanischen Provinz Kastilien zur Welt. Ihm schien die Laufbahn eines armen Handwerkers vorausbekannt. Doch er arbeitete schon in frühesten Jugend lieber als Krankenpfleger im nahen Spital. 1563 trat er in den Karmeliterorden ein. Man schickte ihn zum Theologie- und Philosophiestudium nach Salamanca. 1568 wurde er zum Priester geweiht. Er bemühte sich um die Reform des Ordens. sol

VOR 10 JAHREN

Neue Hoffnung

Die Mitglieder des Aktionsbündnisses „Aufgemuckt“ sind optimistisch, den Bau der 3. Startbahn am Flughafen München stoppen zu können. Die Flughafen GmbH habe bei der Anhörung zum Planfeststellungsverfahren Schwierigkeiten, die 4000-Meter-Bahn zu begründen, berichtet Christian Magerl (Grüne). Die Länge der Bahn sei nicht erklärt worden. Die FMG sei zudem „extrem arrogant“ aufgetreten.

Opposition hat Detailkritik an „Überholspur“

Kultusminister verteidigt sein Konzept – Bildungsausschuss erstmals mit AfD-Vorsitz

München – Zweifache Premiere im neuen Bildungsausschuss des Landtags. Erstmals stellte sich dort der neue Kultusminister Michael Piazzolo (FW) den Abgeordneten, und erstmals wurde der Ausschuss von der AfD geleitet, genauer gesagt vom AfD-Abgeordneten Markus Bayerbach. Betont höflich und sachlich leitete er die Sitzung. Zwischenfälle gab es nicht. Die zweite AfD-Vertreterin Anne Cyron schwieg.

Das Beratungsthema – die Überholspur am neuen neun-

jährigen Gymnasium – war für ideologische Ausfälle allerdings auch nicht recht geeignet. Piazzolo (FW) stellte das Grundkonzept gestern noch einmal vor. Kompromisslos gegen die Überholspur war kein Abgeordneter, allerdings gab es viele Nachfragen, gemischt mit Zweifel, zu Details. So äußerte sich die SPD-Abgeordnete Simone Strohmayer kritisch, ob es für die Überholspur genug Zusatzunterricht gebe, damit sie letztendlich die 11. Klasse überspringen könnten. Zwei

Stunden Seminar seien wohl zu wenig. Der FDP-Vertreter Matthias Fischbach argwöhnte, ob die Überholspur auch in kleinen Gymnasien zustande kommen werde. „Es wird an jeder Schule stattfinden“, sei also Pflicht, antwortete Piazzolo. Er ging von einer Art Rechtsanspruch aus. Der Kritik der SPD-Abgeordneten Strohmayer entgegnete der CSU-Abgeordnete Otto Lederer mit dem Hinweis, eine komplette Klasse zu kompensieren, werde man „nie schaffen können“. Darum gehe es

auch nicht. Die Überholspur sei ein „sehr guter Kompromiss“ und zeitlich für den Schüler zu bewältigen.

Widersprüchliche Einschätzungen gab es zur Frage, ob die Überholspur auch für „durchschnittliche Schüler“ geeignet sei, wie Lederer behauptete. Das klang am Vortag, als Piazzolo das Konzept der Presse vorgestellt hatte, noch etwas anders. Piazzolo antwortete mit einem Sowohl-als-auch. „Es ist nicht gedacht nur für Begabte, aber Leistungsbereitschaft muss

natürlich da sein.“ Schließlich müsse der Schüler auch freiwillige Studierzeit einrechnen – wie viele Stunden, kontrolliere natürlich kein Lehrer. Die Befürchtung des AfD-Abgeordneten Bayerbach, schwächere Schüler könnten die Überholspur als „kostenlose Nachhilfe“ missverstehen, teilte Piazzolo nicht. Sinn der Seminare sei nicht, Unterrichtsstoff zu wiederholen. Vielmehr gehe es darum, inhaltlich „vorzugreifen“ auch mit neuen Methoden wie E-Learning. dw

Immer mehr Bayern sind arm

Der Sozialverband VdK ist enttäuscht vom Koalitionsvertrag der Staatsregierung. Denn das Wort Armut taucht darin nicht auf – dabei ist Armut in Bayern für mehr Menschen denn je ein Problem. Besonders betroffen sind Frauen über 65 und Alleinerziehende.

VON KATRIN WOITSCH

München – Eigentlich, findet Ulrike Mascher, müssten die Zahlen für sich sprechen. Fast jeder vierte Erwerbsminderungsrentner in Bayern muss von der Grundsicherung leben. „Besonders ältere alleinstehende Frauen leben oft deutlich unter der Armutsschwelle“, betont die VdK-Landesvorsitzende. „Sie haben nur die gesetzliche Rente zur Verfügung und keine weiteren Einkommensquellen.“ Das Problem ist nicht neu, spitzt sich aber immer mehr zu. Die Armutsgefährdungsquote steigt kontinuierlich, die Altersarmut trifft immer mehr Menschen in Bayern – inzwischen fast jede vierte Frau (24,5 Prozent) und jeden fünften Mann (18,4 Prozent). „Armut muss viel energischer bekämpft werden“, fordert Mascher. Das Thema fehle im Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern jedoch komplett, kritisiert sie. „Von aktiver Sozialpolitik für ein soziales Bayern ist darin wenig zu lesen.“

Lediglich einen Punkt findet sie erfreulich, betont sie: das Engagement der Staatsregierung hinsichtlich einer vollständigen Angleichung der Mütterrente – „eins zu eins unsere Forderung“. Doch es müsse noch darüber hinausgehen: „Es muss einen Freibetrag von 208 Euro für Grundsicherungsempfänger für Leistungen wie die Mütterrente geben“, betont Mascher.



Wenn das Geld nicht reicht: Von Armut sind vor allem ältere Frauen und Alleinstehende betroffen.

FOTO: DPA

Schenken Sie ein bisschen Würde

Eine warme Mahlzeit pro Tag, etwas weniger Sorgen am Monatsende, ein erhobener Kopf im Supermarkt: Bereits mit 35 Euro im Monat spenden Sie echte Lichtblicke für Rentner in Not. Unter dem Motto „Oberbayern gegen Altersarmut“ suchen der „Münchner Merkur“ und die „Sparda-Bank München“ wieder Paten. Eine Patenschaft kostet 35 Euro im Monat. Schenken Sie älteren Menschen ein bisschen Würde! Als Pate oder mit einer einmaligen Spende. Das Spendenkonto bei der Sparda-Bank München lautet: **IBAN: DE 307 0090 50 0000 4901010; BIC: GENODEF1504.**

ze nicht aus, betont sie. „Da gibt es einen ganzen Berg Arbeit.“

Die VdK-Präsidentin Verena Bentele kündigt an, dass der Sozialverband im kommenden Jahr eine bundesweite Rentenkampagne starten wird. Dabei gehe es um die jetzigen und um die künftigen Rentner. „Wir brauchen eine Rentenpolitik, die allen

Generationen gerecht wird und nicht Alt und Jung gegeneinander ausspielt.“ Bentele fordert einen Ausbau der gesetzlichen Rente. „Wir wollen, dass alle einzahlen – und damit meine ich wirklich alle: Politiker, Beamte, Selbstständige und Angestellte.“ Grundsätzlich müssten mehr Steuern ins System, um rentenbiografisch schwierige

Zeiten abfedern zu können, betonte Bentele. Sie fordert dafür die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes.

Im kommenden Jahr will der VdK eine Großdemonstration in München organisieren, um für gerechtere Renten zu kämpfen. Der VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder ist zuversichtlich, dass der Verband dafür viele Mitglieder mobilisieren wird. Die Mitgliederzahl ist im vergangenen Jahr um 19 000 gewachsen – auf 696 000. Als Grund dafür sieht Pausder das klare Eintreten des VdK für soziale Gerechtigkeit. Der Verband vertritt 20 Prozent aller Klagen vor bayerischen Sozialgerichten. Die meisten Fälle beziehen sich auf das Renten- und Schwerbehindertenrecht.